

Die Demokratisierung der EU

von Sven Giegold

Seit dem „Non“ in Frankreich steckt die EU in einer tiefen Krise. Die EU-Verfassung ist in einem Sumpf aus Unzufriedenheit über bürgerferne Entscheidungen und die Ausbreitung von Unsicherheit & Ungleichheit festgefahren. Zwar geht vieles weiter seinen Gang, doch der europäische Traum wurde unsichtbar. Wie konnte es dazu kommen? Innerhalb von Mehr Demokratie haben sich Michael Efler und Percy Rohde (2005) in einem sehr lesenswerten Papier mit den Demokratiedefiziten der EU beschäftigt. Dabei kommen sie zu einer schonungslosen Bilanz der europäischen Institutionen aus demokratischer Sicht. Die zentrale These in einem gut besuchten Workshop auf der Jahrestagung: Der Kritik von Efler und Rohde ist zuzustimmen, sie übersieht jedoch ein zentrales Defizit: Die europäischen Institutionen sind nicht nur intransparent und bürgerfern, sondern auch die Politikergebnisse sind unsozial. Die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Nationalstaaten und EU macht eine soziale Demokratie praktisch unmöglich. Die EU leidet also nicht nur unter einem Demokratiedefizit auf der Input- sondern auch auf der Outputseite (Scharpf 1997). Das zentrale Problem besteht im Verhältnis zwischen europäischem Binnenmarkt und seiner sozialen Regulierung. Die Nationalstaaten haben sich zur vollständigen Durchsetzung von freiem Verkehr an Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital verpflichtet. Gleichzeitig liegt jedoch die Zuständigkeit für die wichtigsten sozialen und steuerlichen Fragen weiter bei den Nationalstaaten. Damit werden die Sozialen Sicherungssysteme, Steuersätze, öffentliche Dienste, usw. selbst zum Gegenstand des internationalen Wettbewerbs, dessen Folgen sie doch eigentlich ausgleichen sollten. Das Wettbewerbsprinzip wird damit pervertiert. Heute konkurrieren nicht nur Unternehmen um möglichst gute und preisgünstige Produkte, sondern Staaten wetteifern nun mit Sozialabbau und Steuergeschenken um Konzerne und anlagensuchendes Kapital (Tax Justice Network 2006). Während der durchschnittliche Körperschaftssteuersatz in der EU 1980 noch 44,3% betrug, liegt er heute bei unter 30%, in den neuen Beitrittsländern noch niedriger. Auch der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wurde kräftig gesenkt. Gleichzeitig nimmt die Lohnspreizung zu, d.h. der Unterschied zwischen Hoch- und NiedrigverdienerInnen nimmt immer weiter zu. Die sozialen Sicherungssysteme wurden überall in Europa beschnitten. Ein Ende des laufenden Sozialabbaus ist nicht abzusehen.

Aus demokratischer Sicht ist dabei entscheidend festzustellen, dass der Abbau des Sozialstaates in der Regel gegen den Willen der BürgerInnen durchgesetzt wird. Die Nationalstaaten haben de jure weiterhin die volle sozial- und steuerpolitische Souveränität. De facto aber können sie mit dem Gegenwind des Wettbewerbs nicht ausüben. Dass häufig nationale Regierungen den Sozialstaat selbst nicht verteidigen und fortentwickeln wollen, kommt hinzu. Wichtig ist jedoch festzustellen, dass selbst wohlmeinende Regierungen in zentralen Fragen nur noch begrenzt handlungsfähig sind. Sinke Steuern für Gutverdienende und Konzerne gibt es genauso mit sozialdemokratischen wie mit konservativen oder wirtschaftliberalen Regierungen.

Aus diesem Dilemma gibt es logisch nur zwei Auswege: Entweder man beschränkt den Binnenmarkt, um die nationale Handlungsfähigkeit wieder herzustellen oder man hebt die Zuständigkeit für Steuern und Soziales auf europäische Ebene. Damit würde die Ebene des Marktes wieder identisch mit der Ebene seiner Regulierung. Die erste Alternative erscheint rückwärtsgewandt und der realen kulturellen Entwicklung nicht zu entsprechen. Nationale Grenzen verlieren für immer mehr Menschen an Bedeutung. Eine junge Generation findet die volle Freizügigkeit in Europa normal und will dies nicht verlieren. Die Gefahren nationaler europäischer Kleinstaaterei hat der Kontinent außerdem jahrhundertlang durchlitten. Daher

scheint die zweite Antwort deutlich sympathischer.

Für FreundInnen der Demokratie ist diese Analyse nur schweren Herzens zu akzeptieren. Bürgerbeteiligung und demokratische Öffentlichkeit funktionieren am besten in eher dezentralen Strukturen oder zumindest auf der nationalen Ebene. Gleichzeitig ist es jedoch sinnlos lokale oder nationale Souveränität zu verteidigen, wo diese im europäischen Binnenmarkt gar nicht mehr existiert. Daher sollte eine international informierte Demokratiebewegung die eigene Analyse erweitern: Wenn man die Freiheit des europäischen Marktes nicht aufgeben will, muss man die Europäisierung sozialer und steuerpolitischer Kompetenzen fordern. Ansonsten ist auch aus demokratischer Sicht die „Dezentralität“ teuer erkaufte. BürgerInnen können zwar lokal, national und europäisch besser mitreden, entscheiden können sie jedoch angesichts ökonomischer Sachzwänge wenig. Provokant gesagt: Auch der Volksentscheid ermöglicht keine angemessene Besteuerung von Konzernen, Vermögenden oder HochverdienerInnen. Klar ist aber gleichzeitig, dass nur eine demokratisierte europäische Union zusätzliche Kompetenzen verdient. Ohne mehr Demokratie wird es auch bei neuen Zuständigkeiten keine besseren Ergebnisse geben. Hier schließt sich wieder der Kreis zum Papier von Efler/Rohde (2005).

Einfach durchzusetzen, ist derzeit keine der beiden Visionen. Der Weg führt über die Bildung einer europäischen BürgerInnen- und Gewerkschaftsbewegung, die nationale Abwehrkämpfe gegen den Abbau des Sozialstaates auf die europäische Ebene trägt. Angesichts der heutigen Übermacht der Profiteure des freigesetzten Kapitalismus erscheint dies eher eine vage Hoffnung. Allerdings haben die Erfahrung anhaltenden Unrechts und soziale Bewegungen schon häufiger in der Geschichte Großes vermocht. Warum sollte die Humanisierung des Globalisierungsprozesses außerhalb unserer Möglichkeiten liegen?

Michael Efler/Percy Rohde (2005): Kritik der Europäischen Union aus demokratiepolitischer Perspektive, Berlin: Mehr Demokratie e.V..

Fritz Scharpf (1997): Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Working Paper 97/9.

Tax Justice Network (2005): Tax us if you can. Wie sich Reiche und transnationale Unternehmen der Besteuerung entziehen und was dagegen getan werden kann.
Bestellen/Herunterladen: www.attac.de

Die Präsentation zum workshop kann unter www.sven-giegold.de heruntergeladen werden.

Workshop-Bericht nach Mitgliederversammlung von Mehr Demokratie e.V.